



BREIL: Grüne Hetze gegen Industrie beweist ökonomische Unwissenheit

BREIL: Grüne Hetze gegen Industrie beweist ökonomische Unwissenheit

BERLIN. Zum Anstieg der Strompreise und der Schulduweisung des Fraktionsvorsitzenden der Grünen-Fraktion Jürgen Trittin erklärt der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Klaus BREIL:
Wer im grünen Gewächshaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Es war der grüne Umweltminister Jürgen Trittin, der in der damaligen rot-grünen Regierung die Ökosteuern eingeführt hat und damit die Energiekosten erheblich erhöht hat. Außerdem ist Jürgen Trittin verantwortlich dafür, dass der Netzausbau nicht vorangetrieben, sondern zurückgefahren wurde. Er hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit einem Abnahmepflicht eingeführt, das heute zu zusätzlichen Kostensteigerungen führt. Das sind die Ursachen für die Preissteigerungen, die die Verbraucher aktuell zu tragen haben. Pauschale Schulduweisungen sind völlig fehl am Platz und helfen den Verbrauchern nicht weiter.
Auch grüne Hetze gegenüber der Industrie ist kontraproduktiv. Die Grundstoffindustrie wird von staatlichen Belastungen, die an eigenen oder Standorten von Konkurrenten außerhalb von Deutschland nicht bestehen, ausgenommen. Sie steht am Beginn von Wertschöpfungsketten, die in Deutschland mehr als zwei Millionen Menschen Arbeit geben. Abwanderung von Unternehmen aus beispielsweise den Bereichen Bunt- und Leichtmetalle, Stahl oder Chemie könnten die teilweise Verlagerung ins Ausland oder im schlimmsten Fall die Aufgabe ganzer Weiterverarbeitungsindustrien nach sich ziehen.
In der Debatte um die steigenden Strompreise handelt es sich nicht um eine Frage der Schuld. Vielmehr müssen Entscheidungen einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung unterzogen werden. Dazu gehört es auch, Realitäten anzuerkennen - auch dann, wenn sie gegen Grüne Dogmen verstoßen.

Kontakt:
FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de>

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.